

Kleine Anfrage 151

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Fortwährende, rechtswidrige und undemokratische Besetzung der Ausschussvorsitze in der Stadt Liebenwalde

Entgegen der eindeutigen und nicht interpretationsfähigen Festlegung durch § 43 Abs. 5 BbgKVerf werden die Vorsitze der Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung Liebenwalde seit der Kommunalwahl 2014 nicht nach dem D'Hondt-Höchstzahlverfahren besetzt. Unter kompletter Ignorierung der Fraktionen der Opposition werden die Ausschussvorsitzenden jeweils getrennt in den Ausschüssen gewählt und der SVV zur Bestätigung vorgeschlagen. Das hat zur Folge, dass durch die CDU/FDP-Mehrheit und einige unterstützende Stadtverordnete in den Fachausschüssen und der SVV deren Kandidaten als Vorsitzende der Fachausschüsse durchgesetzt werden. Damit haben alle Fachausschüsse einen Vorsitz aus der Fraktion CDU/FDP.

Die Fraktionen der SVV sind wie folgt:

CDU/FDP:	6 Sitze
LGU:	3 Sitze
BfL:	3 Sitze
SPD:	2 Sitze
LINKE:	2 Sitze

Trotzdem wurden alle Vorsitze - wie bereits erwähnt - in der ersten Sitzung der SVV an die Fraktion CDU/LGU vergeben. Trotz mehrfacher Beschwerden einzelner Stadtverordneter bzw. kleinerer Fraktion verweigert der Bürgermeister samt der SVV-Mehrheit die gesetzmäßige Besetzung der Fachausschussvorsitze. Um diesem gesetzwidrigen Verhalten den Schein der Legalität zu geben, wurde bereits in der letzten Wahlperiode die Geschäftsordnung mehrheitlich durch die SVV dahingehend geändert, dass die Ausschussvorsitze entgegen dem § 43 Abs. 5 BbgKVerf gewählt werden, so dass die Chancen der Oppositionsfraktionen bei der Besetzung der Ausschussvorsitze komplett ausgeschaltet sind. Die damalige Änderung der Geschäftsordnung wurde unter krassem Verstoß gegen die Kommunalverfassung beschlossen und die Kommunalaufsicht sah auch keinen Handlungsbedarf. Es handelte sich nicht um eine einstimmige Änderung, sondern einen Mehrheitsbeschluss unter vorsätzlicher Missachtung demokratischer Minderheitenrechte. Selbst jetzt in der neuen Wahlperiode hat der Bürgermeister samt der ihn tragenden Mehrheit wieder in der SVV die Geschäftsordnung mit den bisherigen Fehlern bestätigen lassen und auch die Kommunalaufsicht hat nicht die Chance genutzt, hier auf eine Korrektur zu drängen.

Eingegangen: 06.12.2019 / Ausgegeben: 06.12.2019

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie kann es sein, dass in der SVV Liebenwalde seit über einer Wahlperiode derart offensichtlich gegen die Bestimmungen der Kommunalverfassung verstoßen wird?
2. Wie ist es möglich, dass die Kommunalaufsicht des Landkreises Oberhavel als allgemeine untere Landesbehörde diesen Zustand nach wie vor duldet und trotz Hinweisen und Beschwerden seit mittlerweile fast 6 Jahren nicht gehandelt hat?
3. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die korrekte Anwendung von Landesrecht in Liebenwalde durchzusetzen?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Besetzung der Ausschussvorsitze nach dem D'Hondt-Verfahren auch dazu dienen soll, der politischen Opposition angemessene Mitwirkungsrechte durch die Inanspruchnahme von Ausschussvorsitzen einzuräumen?
5. Wird diesem Mitwirkungsrecht noch ausreichend Genüge getan, wenn alle Ausschussvorsitze nur von einer Fraktion gestellt werden, deren Wahlergebnis im Mai 2019 bei 35,66 % lag?
6. Wann werden rechtsstaatliche Zustände hergestellt und warum wird seit Jahren nicht reagiert? Bitte nicht auf den Mantel der vorgeblichen „kommunalen Selbstverwaltung“ verweisen. Es geht um Wahrung rechtsstaatlich gebotener Minderheitenrechte und die Sicherstellung einer nach verfassungsgemäßen Prinzipien arbeitenden kommunalen Selbstverwaltung.